

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Dramatischer Lehrstellenmangel im Land Ausbildungszentrum für Rottenburg

Aktuell werden die Verträge für das nächste Ausbildungsjahr ab 1. August bzw. 1. September abgeschlossen. Aber Ende Mai gab es im Ländle rund 20 Prozent weniger Ausbildungsverträge als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr, in der Region Stuttgart ging die Zahl sogar um ein Viertel zurück.

Ein Grund: In Krisenzeiten sparen viele Unternehmer gerade bei den Auszubildenden (Azubis). Laut Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) im Ländle will fast jeder dritte Ausbildungsbetrieb weniger oder gar nicht mehr ausbilden, bei kaufmännischen Berufen sind es sogar 36 Prozent und in der Investitionsgüterindustrie ganze 43 Prozent. Dabei ist dies nicht nur der Corona-Pandemie geschuldet. Seit der Finanzkrise 2008/09 ging die Zahl der Ausbildungsbetriebe bundesweit von 600.000 auf knapp 530.000 zurück. Verglichen mit dem letzten Ausbildungsjahr sind sie noch einmal um 46.000 Stellen gesunken. Insgesamt bilden nur noch 20 Prozent aller Betriebe überhaupt aus!

Hauptschüler ohne Chancen

Besonders betroffen von diesem Tiefstand sind Jugendliche mit Hauptschulabschluss. Nur jeder zweite Schüler tritt nach der Hauptschule direkt eine Lehrstelle an, jeder dritte Hauptschüler

bleibt dauerhaft ohne Berufsabschluss. Damit wächst die Gefahr, viele Angehörige einer ganzen Generation auf Dauer zu Niedriglöhnern zu machen und zu verlieren. So ist während der Corona-Krise die Jugendarbeitslosigkeit sprunghaft von 4,1% auf 5,8% gestiegen (Tagesschau, 29.6.2020). Das kann sich unser Land, dessen wichtigste Ressource wegen fehlender Bodenschätze die Bildung ist und das dringend auf Facharbeiter angewiesen ist, nicht leisten. 2018 wurden nur knapp 39.000 Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen – gebraucht werden jährlich 400.000!

Versprechen der Landesregierung

Anfang Juni hat Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut (CDU) die Notlage vieler Betriebe endlich wahrgenommen und sagte in Übereinstimmung mit der Bundesregierung Betrieben in Kurzarbeit mit bis zu 50 Beschäftigten eine Ausbildungsprämie von 3.000 Euro zu, für den Landeshaushalt macht das 17 Mio. Euro aus. Allerdings reicht das bei Weitem nicht. Zum einen muss garantiert werden, dass Azubis ihre Ausbildung ordnungsgemäß abschlie-

ßen können, wenn sich der Betrieb in der Krise befindet. Dafür ist eine Auslagerung der Azubis mithilfe einer Auftragsausbildung notwendig:

Die Azubis können dann unbürokratisch in anderen Betrieben ihre Ausbildung beenden. Zweitens muss die Ausbildungsvorbereitung dual (AV-Dual) ausgebaut und verstetigt werden. Durch sie erhalten Jugendliche von Lehrkräften Unterstützung in Grundkenntnissen wie Deutsch und Mathematik und werden in Praktika vermittelt. Bisheriger Erfolg: 36 Prozent der 3.000 AV-Absolventen erhielten eine Ausbildungsstelle.

AV-Dual ist gerade für Rottenburg eine große Hilfe, da wir die einzige Hauptschule im Landkreis sind. Drittens zeigt die aktuelle Krise (wie schon 2008), wie abhängig die Ausbildung von der Konjunktur ist. Deshalb sind laut DGB ergänzend zur >>> betrieblichen Ausbildung gerade im Handwerksbereich überbetriebliche Ausbildungszentren nötig, bezahlt über einen allgemeinen Ausbildungs- und Zukunftsfond, in den die Unternehmen einzahlen. Denn Ausbildung der nach-



Lesen Sie weiter:

S21 - Bahn baut Todestunnel Seite 3

ver.di fordert Vermögenssteuer JETZT Seite 5

Schlachthof: Heute ist morgen schon gestern Seite 7

Wäre der Abzug der US-Truppen ein Glücksfall? Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

betrieblichen Ausbildung gerade im Handwerksbereich überbetriebliche Ausbildungszentren nötig, bezahlt über einen allgemeinen Ausbildungs- und Zukunftsfond, in den die Unternehmen einzahlen. Denn Ausbildung der nachwachsenden Generation ist die Bedingung für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung.

Ideenlose Stadtverwaltung

Beim Bürgerentscheid über das Galgenfeld versprachen die Bürgermeister großspurig, auf einem Teil des Ex-DHL-Geländes ein „Innovationszentrum“ aufzubauen. Dies wurde im März 2018 vom Gemeinderat beschlossen. Passiert ist seitdem – NICHTS. Die Initiativen des städtischen Wirtschaftsförderers für Ausbildung: Fehlanzeige. Der Haushaltsantrag im Dezember für eine Planungsrate für den Ausbau der GIBA (Gesellschaft für Integration, Beschäftigung und Ausbildung in Wendelsheim): abgeschmettert. Seit über zwei Jahren äußert die GIBA, von den IHK Reutlingen/

Tübingen als bundesweites „Vorzeigeprojekt“ hochgelobt, Vergrößerungswünsche. Sie verwirklicht das, was die Stadt von innovativen Betrieben erwartet:

Seit 14 Jahren arbeitet sie mit ‚digitalen Tagebüchern‘ und mit Drei-D-Druckern. 95 Prozent der Azubis werden nach Ende ihrer Ausbildung innerhalb von drei Monaten in den ersten Arbeitsmarkt übernommen. Zudem leistet sie eine tolle Integration von geflüchteten Syrern, indem diese ausbildungsbezogenen Deutschunterricht erhalten. Die Azubis der GIBA stellen einen großen Anteil der Schüler an Rottenburgs Berufsschule, die gerade erweitert wird. Die Volkshochschule möchte Geflüchtete gern über einen längeren Zeitraum in Ausbildung, Beruf und Lebensalltag begleiten und benötigt dafür Räume, die in der jetzigen VHS nicht vorhanden sind und die im Neubau untergebracht werden könnten. Integration, meint Landrat Walter mehrfach im Kreistag, ist kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon.

Wertschätzung für (Aus-)Bildung

Es ist höchste Zeit, dass in unserem Land Bildung und Ausbildung der jungen Generation wieder einen hohen Stellenwert bekommen und nicht nur die Rendite-Erwartungen der Aktionäre!

Das beginnt mit einer gebührenfreien Bildung in den Kitas, setzt sich in Schulen mit kleinen Klassen und guten Lernmaterialien fort und benötigt eine berufliche Ausbildung, die es jedem/jeder ermöglicht, damit eine Familie zu ernähren und ein Leben in Würde statt in Niedriglohn und späterer Armutsrente zu führen.

Dazu muss Rottenburg endlich seinen Beitrag leisten!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Corona-Hilfen

Antrag auf Restaurant-Gutscheine für Tafel-Nutzer in Rottenburg und für die Stärkung der städtischen Gastronomie

FAIR und DIE LINKE im Gemeinderat Rottenburg beantragen, dass jede Rottenburger Familie, die die Kreisbonus-Card besitzt, bzw. eine Berechtigung für die Nutzung der Rottenburger Tafel besitzt, einen Restaurant-Gutschein über 50 Euro erhält, einzulösen bis zum 31. Dezember 2020

Begründungen:

1. Die Inhaber der Kreisbonus-Card, vor allem Familien mit Kindern werden durch die Corona-Krise besonders getroffen: Die Schulessen für ihre Kinder fielen wegen der Schulschließungen aus, die 300 Euro pro Kind werden erst im September und Oktober ausgezahlt, die Preise für gesunde und frische Lebensmittel sind angestiegen, die Rottenburger Tafel war drei Monate lang geschlossen.

All dies hat die Lage der Betroffenen massiv erschwert und bedarf einer möglichst schnellen Reaktion auf kommunaler Ebene.

2. Durch die Einschränkungen der Kontaktmöglichkeiten und die Schließungen der Gastronomie leidet diese Branche

sehr stark unter den Einschränkungen, die als Folge der Pandemie beschlossen wurde. Insofern ist es wichtig, nicht nur Geschäften (durch Ro-Märkte) Hilfe zu leisten, sondern die örtlichen Gastronomen zu unterstützen, indem die Teile der Bevölkerung, die sich kaum einen Restaurant-Besuch leisten können, die Möglichkeit dazu erhalten.

3. Ein Restaurant-Gutschein für diese Bevölkerungsgruppe stellt also eine Win-Win-Situation dar, leistet eine kleine Entschädigung für erlittene Entbehrungen und kann das Gefühl für Zusammengehörigkeit in unserer Stadt stärken.

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Bahn baut Todestunnel

Ingenieure befürchten Kaprun21

Das Thema Brandschutz hat bei Stuttgart 21 höchste Priorität und wird gerne kleingeredet. Kein Wunder, dass die Bahn diesbezügliche Unterlagen nicht herausrücken möchte. Doch durch einen Gerichtsbeschluss ist sie jetzt dazu verpflichtet worden, wodurch gravierende Sicherheitsmängel offenbar wurden.

Die S21-kritischen „Ingenieure22“ wollten es genau wissen und verklagten die Bahn auf Akteneinsicht. In zweiter Instanz hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in einem Vergleich festgelegt, dass die Ingenieure von der Bahn geheim gehaltene Unterlagen zum Brandschutz, insbesondere zur Tunnel-Entfluchtung und zur Tunnelsimulation, einsehen dürfen. Auch wenn es dreieinhalb Jahre gedauert hat, zeigt dies doch einmal mehr, dass sich Ausdauer und Hartnäckigkeit auszahlen!

Doch zuvor hatte sich die Bahn verbissen dagegen gewehrt:

- Die Akteneinsicht führe zu erhöhter Terrorgefahr. Sollten die Unterlagen in unbefugte Hände gelangen, gefährde dies die öffentliche Sicherheit. Diese abwegige Begründung ließen die Richter jedoch nicht gelten.
- Bei den Evakuierungsplänen handele es sich um ein Geschäftsgeheimnis, das nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden dürfe. Auch diesem Argument folgten die Richter nicht, denn die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, ob und wie die Reisenden aus einem brennenden Zug im Tunnel in Sicherheit gebracht werden sollen.
- Schließlich kam die Bahn noch mit dem Urheberrecht – die Pläne seien ja ein urheberrechtlich geschütztes Werk, was eine Weitergabe an Dritte ausschließe. Damit hat sie sich vollends der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die Bahn wollte also vom wirklichen Problem ablenken: Nicht etwa die Veröffentlichung der Evakuierungspläne für die S21-Tunnel bedingen die Gefahr eines Terroranschlages – vielmehr sind es doch die unterirdischen Bahnanlagen mit dem Tiefbahnhof und den

60 km Zulauf-tunneln als solche, die für Terroranschläge bestens geeignet sind und Terroristen geradezu magisch anziehen. Die Auswirkungen einer Explosion oder eines Feuers sind in unterirdischen Räumen zigfach stärker als im oberirdischen Kopfbahnhof oder auf freier Strecke.



Schlussendlich stimmte die Bahn dem vom VGH vorgeschlagenen Vergleich zu, der für sie einer schmerzlichen Niederlage gleichkommt. Nun muss sie nur noch die Untauglichkeit ihrer Evakuierungspläne offenbaren. Der von der Bahn aufgebaute Popanz einer Terrorgefahr durch ein Öffentlichwerden der Evakuierungspläne fiel dabei in sich zusammen. Um einen Terroranschlag auszuführen, bedarf es keiner Evakuierungspläne, wie es die Bahn glauben machen will.

Die S21-kritischen „Ingenieure22“ haben an den von der Bahn präsentierten Ergebnissen erhebliche fachliche Zweifel – diese sollten nach ihrem Eindruck wohl lediglich vor allem die Vertreter von Feuerwehr und Regierungspräsidium im „Arbeitskreis Brandschutz“ des Projekts beruhigen. Die Ingenieure halten es deshalb für unverzichtbar, die Angaben der Bahn zu überprüfen:

„Wir dürfen in den Stuttgarter Tunnels nicht sehenden Auges die Möglichkeit einer Katastrophe wie bei der Gletscherbahn Kaprun zulassen, wo 150 der 162 Passagiere bei einem Brand zu Tode kamen.“

Aus den eingesehenen Unterlagen geht zweifelsfrei hervor, dass die Tunnel selbst gesetzliche Brandschutzvorgaben nicht einhalten und im Brandfall nachweislich zur Todesfalle werden. Somit sind die von der Bahn im Planfeststellungsverfahren eingereichten Sicherheitsnachweise im Brandfall unzutreffend; die für die Genehmigung zuständigen Fachbehörden wurden getäuscht.

Hauptkritikpunkt ist die „Folie 11“ der Bahn, die von folgenden unzureichen-

den Voraussetzungen ausgeht (in Klammern dahinter die erforderlichen Mindestwerte):

- Zug (dargestellt als ICE) mit 1.757 Personen steht mittig zwischen 2 Querschläge
- Max. Fluchtweglänge = 250m (halber Abstand der Querschläge) (erf. 500 m)
- Aussteigen aus dem Zug: 2 Minuten (erf. 8 Minuten)
- Gehzeit bis zum Rettungsstollen: 3 Minuten für 250 m (erf. 13 Minuten)
- Durchlasszeit Rettungsstollen bis in „sichere Röhre“ mit 100 Pers./Min.= 6 Minuten für 600 Personen (erf. 18 Minuten)

In Summe ergibt dies 11 Minuten Gesamtzeit (erf. 39 Minuten) für die Räumung des Zuges bis in die sichere Röhre.

Das weitere Ignorieren der Defizite im Brandschutz würde entweder dazu führen, dass S21 mit 10 Milliarden Investitionen am Ende nicht die Betriebsgenehmigung erhält, oder dass mit Manipulationen und Sondergenehmigungen doch ein Betrieb, dann mit dem genannten Risiko, aufgenommen würde.

In enger Zusammenarbeit zwischen „Ingenieure22“ und den Juristen Eisenhart von Loeper und Dieter Reicherter ist nun eine rechtliche Strategie entwickelt worden, um den Mängeln im Brandschutz, vor allem im Fildertunnel, zu begegnen. Dies könnte durch Änderungen der Planfeststellungsbeschlüsse, oder, weil dies technisch nicht möglich sein wird, durch Aufhebung derselben geschehen, was faktisch einem finalen Baustopp entspräche. Das rechtliche Ziel läge zeitlich in weiter Ferne, aber über S21 hinge fortan ein ziemlich scharfes Damoklesschwert.

Auch wir verfolgen dieses Ziel und wollen deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt
Rottenburg

Tönnies: Die verkehrte Welt der Julia Klöckner

Verbraucher soll Tierwohlabgabe zahlen

Corona hat den Skandal erneut ans Licht gebracht. Erneut, weil seit dem Jahr 2000 alle Bundeslandwirtschaftsminister die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie und den Gülle-Einsatz auf den Feldern in Süddoldenburg beklagen – und weiter wegschauen!

Jetzt hat die Corona-Pandemie ein Flutlicht auf Schlachtfabriken wie Tönnies geworfen, dem größten deutschen Schlachtbetrieb mit 7.000 Beschäftigten. Sie werden in 12-Stunden-Schichten und 250-260 Monatsstunden Arbeit von Sub-Sub-Unternehmern in Werkverträgen schutzlos ausgebeutet. In der Umgebung von Rheda-Wiedenbrück leben etwa 6.000 Schlachthof-Leiharbeiter aus Polen, Rumänien und Bulgarien in Sammelunterkünften. Ihre Menschenrechte, Arbeits- und Sozialrechte werden mit Füßen getreten, so der katholische Pfarrer Peter Kossen im Deutschlandfunk (23.6.20). Von ihrem Mindestlohn werden ihnen 300 Euro für eine Matratze in einem Schlaflager von 20 qm abgezogen.

Julia Klöckner – eine Radikale?

Jetzt hat die hohe Anzahl von 1.500

Corona-Infizierten die Politiker aufgeschreckt. Die Bundesschönrednerin Julia Klöckner wird richtig radikal und fordert ‚grundlegende Veränderungen‘. Über ihren ‚Fleischgipfel‘ philosophierte sie: „Das, was wir heute behandelt haben, war keine Tönnies-Frage, sondern eine System-Frage.“

Meinte sie damit, dass die deutsche Fleischindustrie - mit ihrem Umsatz von 40 Milliarden Euro der größte Zweig der Lebensmittelindustrie in der Hand von Konzernen wie Tönnies, Vion, Westfleisch und Wiesenhof – nicht mehr für den Export produzieren soll? Meinte sie damit, Werkverträge nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der Paketbranche, im Versandhandel und anderen Branchen zu verbieten? War doch CDU-Agrarminister Peter Hauck im Mai anlässlich von 399 Corona-Infizierten unter den 1.100 Beschäftigten von Müller-Fleisch in Pforzheim scharf gegen ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit aufgetreten.

Sind geizige Verbraucher schuld?

Statt ‚grundlegender Veränderungen‘ forderte Klöckner von den Verbrauchern jetzt eine „Tierwohlabgabe“,

damit die verarmten Viehgroßbetriebe ihre Ställe umbauen könnten. Denkbar wären 40 Cent pro Kilogramm als Aufschlag für Fleisch und Wurst, 2 Cent pro Kilo für Milch und Frischmilchprodukte, zahlbar über eine Verbrauchssteuer.

Das stellt alles auf den Kopf: Verantwortlich für unmenschliche Arbeitsverhältnisse, für Tierquälerei durch Spaltenboden bei Mastschweinen und Kastenständen bei Muttersauen sind nicht verantwortungslose Produzenten, sondern angeblich geizige Verbraucher, die die armen Fleischbarone quälen.

Das sagt eine CDU-Landwirtschaftsministerin, deren Partei vehement gegen die Erhöhung des Mindestlohns und der Hartz-IV-Sätze, gegen eine armutsichere Grundrente und für prekäre Niedriglöhne eintritt, damit sich alle gesunde Lebensmittel leisten können. Und als I-Tüpfelchen präsentiert Julia Klöckner zynisch ihre Lieblingsidee: ein „freiwilliges Tierwohl-Logo für Fleisch aus besserer Haltung“.

Guten Appetit!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Keine weitere Verschärfung des Polizeigesetzes !

Polizei beschlagnahmt in Tübinger Büro Parlamentsunterlagen

Nach einer Demonstration gegen Corona-Maßnahmen der Regierung kam es Mitte Mai in Bad Cannstatt zu einer Auseinandersetzung, bei der ein Daimler-Betriebsrat der rechten Liste „Zentrum Automobil“ verletzt wurde.

Bei Ermittlungen gegen mögliche Täter wurde in Tübingen auch das Büro eines Mitarbeiters von Tobias Pflüger im Gebäude Lu 15 durchsucht und dabei Material, Geräte wie Computer und Smartphones „mit direktem Mandatsbezug“ des Abgeordneten mitgenommen. Dabei war der Mitarbeiter zur fraglichen Zeit nachweislich nicht in Stuttgart. **Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (DIE LINKE) protestierte scharf gegen die Beschlagnahme von Parlamentsunterlagen „offensichtlich ohne hinlängliche Beweise“.**

In einer Pressemitteilung zeigte sich Tobias Pflüger, Bundestagsabgeordneter (DIE LINKE), Sprecher der Baden-

Württembergischen Landesgruppe und stellvertretender Parteivorsitzender, schon vor dieser Polizeiaktion entsetzt über die Planungen, das baden-württembergische Polizeigesetz erneut zu verschärfen. Im aktuellen Gesetzesentwurf, der am 15. Juli 2020 im Landtag verabschiedet werden soll, sind u.a. erleichterte Vorkontrollen bei Demonstrationen, geringere Hürden für zahlreiche Überwachungsmaßnahmen sowie eine Ausweitung der öffentlichen Videoüberwachung vorgesehen.

„Weltweit wird nach dem Tod von George Floyd über Polizeigewalt diskutiert. Doch anstatt unabhängige Ermittlungsstellen zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten einzuführen, plant die Landesregierung eine Ausweitung der Rechte der Polizei“, so Pflüger. „Anstatt das Polizeigesetz erneut zu verschärfen, sollten die vergangenen Änderungen rückgängig gemacht werden und unabhängige Ermittlungsstellen eingerichtet werden. Be-

denkt man, dass das seit November 2017 geltende Polizeigesetz nach Aussage Winfried Kretschmanns bereits 'an die Grenze des verfassungsmäßig Machbaren' gegangen sei, stellt sich angesichts der nun geplanten Verschärfungen die Frage, ob diese Grenze nun nicht überschritten ist.“

Das Polizeigesetz wurde im November 2017 das letzte Mal verschärft. Damals wurde die Polizei mit Granaten und Sprengstoff ausgerüstet und die Möglichkeit zur Verhängung von Aufenthaltssanktionen, Hausarrest sowie Kontaktverboten zwischen sogenannten „Gefährdern“ geschaffen. Auch die Einführung von „intelligenter Videoüberwachung“ im öffentlichen Raum und erweiterte Überwachungsmöglichkeiten durch den Einsatz eines Staats-Trojaners zur Überwachung der laufenden Kommunikation sorgte für Kritik.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Ver.di fordert Vermögenssteuer JETZT

Grundgesetz sieht Vermögensabgabe vor

Angesichts der enormen Kosten durch die Corona-Krise und der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland tritt die Gewerkschaft Ver.di für eine einmalig erhobene Millionärsabgabe und für eine dauerhafte, jährliche Vermögenssteuer ein. Ver.di schätzt die möglichen Einnahmen auf jährlich 20 Milliarden Euro. Vermögenssteuern kommen direkt den Länderhaushalten zugute.

Laut Statistischem Bundesamt gibt es in Deutschland rund 42 Millionen Haushalte, 45 dieser Haushalte besitzen so viel Vermögen wie die unteren 21 Millionen Haushalte zusammen, weil sie von den Steuergesetzen der letzten Jahrzehnte profitiert haben.

„Nach dem ver.di-Modell sollen Geldvermögen aller Art, Geschäftsvermögen sowie Immobilien abzüglich der darauf liegenden Schulden mit 1,0 Prozent besteuert werden. Die Freibeträge sollen bei 1 Million Euro pro Erwachsenen und 200.000 Euro pro Kind liegen. Für Betriebsvermögen ist ein erhöhter Freibetrag vorgesehen. Aktiengesellschaften und GmbHs sollen bei der Körperschaft und den Eigentümern jeweils mit einem halben Satz besteuert werden.“ heißt es in der Stellungnahme von Ver.di. Ein Paar mit zwei Kindern und einem Nettovermögen von 20 Mio. Euro würde jährlich etwa 176.000 Euro Steuern zahlen.

Verfassungsgemäß?

Große Verunsicherung herrscht immer wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVG) von 1995 über die Abschaffung der Vermögenssteuer. Selbst die CDU-Staatssekretärin Widmann-Mauz hielt die Forderung für grundgesetzwidrig und zeigte damit ihre Unkenntnis. Denn das BVG hatte lediglich festgestellt, dass die verschiedenen Steuern auf Vermögen, Grund-

und Immobilien gleich gewichtet werden müssen. Die Vermögensarten müssen also realistisch bewertet werden, dann ist eine Vermögenssteuer möglich.

Artikel 106 im Grundgesetz sieht ausdrücklich Vermögensabgaben vor, wenn außergewöhnliche Umstände und Finanzbedarfe des Bundes vorliegen. Eine einmalige Vermögensabgabe darf unter diesen Umständen sogar auf die Vermögenssubstanz zugreifen, also höher als eine dauerhafte Vermögenssteuer sein.

Wenn der Bund wegen der Corona-Pandemie mit 218 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen muss, dann besteht eine solche Situation. Dies geschieht die Bundesregierung selbst ein, die die jahrelang beschworene Schuldenbremse außer Kraft gesetzt hat. In der jüngeren deutschen Geschichte gab es diese Vermögensabgabe nach dem Zweiten Weltkrieg in Form des Lastenausgleichs zur Entschädigung von Verlusten und zur Beseitigung der großen Kriegszerstörungen. Durch ihn wurde das „Wirtschaftswunder“ möglich. Finanziert wurde er vor allem durch die großen Vermögen und eine lange Laufzeit, die die Abzahlung der Kredite so ermöglichte, dass die Konjunktur nicht darunter litt.

Pflegekräfte: Erst „Hui“ - jetzt „Pfui“?

Nicht logisch ist allerdings, was die Bundesregierung mit dem Geld der Verschuldung bezahlen will. Während der Krise hieß es über die Pflegekräfte, sie sind Alltagsheldinnen und systemrelevant, weil sie mit ungezahlten Überstunden die prekäre Bettensituation auf den Intensivstationen gemeinert haben. Gerade eben noch „Hui“,

heißt es jetzt „Pfui“ und selbst von den versprochenen 1.500 Euro Einmalzahlung sehen sie in den meisten Krankenhäusern keinen Cent. **Bei einer „zweiten Welle“ werden sie sich zweimal überlegen, ob sie wieder ein so großes Engagement einbringen werden.** Stuttgarts Sozialminister „Mann“ Lucha (Grüne) erklärte das verlegen mit einer „Gerechtigkeitslücke“, als wenn sich die Beschäftigten davon etwas kaufen könnten.



Die Kommunen, die bereits vor Corona ein Investitionsdefizit von etwa 150 Milliarden Euro hatten und deshalb dringend die Beseitigung der Altschulden forderten, bekommen lächerliche sechs Milliarden. Das soll sie in den nächsten Jahren zwingen, die Sozialausgaben zu kürzen.

Statt besserer Löhne im sozialen Bereich und Sicherung der Daseinsvorsorge in den Kommunen erhält Uschis (von der Leyen) Nachfolgerin Annetta Kramp-Karrenbauer (AKK) 10 Milliarden Euro für 138 neue Kampfflugzeuge und 93 Euro-Fighters. Hinzu kommen 48 F-18-Kampfflugzeuge von Boeing, die mit Atomwaffen bestückt werden können.

Diese Politik gefährdet unsere Gesundheit – ein grundsätzlicher Neustart mit besserer Bezahlung, mehr Stellen und ohne Privatisierung ist nötig.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“



Deutsche Milliardäre verstecken Reichtum

Nicht Lichtenstein, nicht Luxemburg und nicht Panama, sondern die britische Insel Jersey ist die beliebteste Steueroase, weil hier Firmen meistens zu Null Prozent versteuert werden. Dies ergab eine Anfrage der Linken im Bundestag. Auf der Insel im Ärmelkanal hatten sie 2018 über 180 Milliarden Euro vor dem Zugriff von Finanzbehörden gebunkert. In der Schweiz wurden 2018 über 133 Mrd. Euro, in Luxemburg 125 Mrd. Euro versteckt, insgesamt 591 Mrd. Euro im Ausland, darunter natürlich die BMW-Großaktionäre Susanne Klatten und Stefan Quandt – mehr als ein ganzer Bundeshaushalt!

Konzerne: Aktionäre beschenken, beim Staat kassieren

Unternehmen	Staatshilfen und Leistungen der BfA*	Gewinn 2019	Dividenden
BMW AG	 Kaufprämie, Kurzarbeit für 20 000 Beschäftigte	5 Mrd. €	1,64 Mrd. €
Daimler AG	 Kaufprämie, Kurzarbeit für 170 000 Beschäftigte	2,7 Mrd. €	1,08 Mrd. €
Volkswagen AG	 Kaufprämie, Kurzarbeit für 80 000 Beschäftigte	19,3 Mrd. €	4,73 Mrd. €
Continental AG	 Kurzarbeit für 30 000 Beschäftigte	3,2 Mrd. €	800 Mio. €
TUI AG	 KfW-Kredit über 1,8 Mrd. Euro 6 Mon. Kurzarbeit für 70 000 Beschäftigte	416,2 Mio. €	145,7 Mio. €
Helios Kliniken	 560 € Tagespauschale für freistehende Betten 50 € /Patient für erhöhten Materialbedarf Erhöhung der tägl. Pflegeentgelte auf 185 €	670 Mio. €	468 Mio. €**

* Bundesagentur für Arbeit ** Angaben beziehen sich auf die Fresenius SE & Co. KGaA, den Mutterkonzern von Fresenius Helios. Die Fresenius Helios wiederum besteht aus beiden Klinikgruppen Helios in Deutschland und Quirónsalud in Spanien und Lateinamerika.

Wie wichtig ist die Jugendarbeit in der IG-Metall?

Das Verbindende der Jugendarbeit in der IG-Metall muss im Vordergrund stehen. Das Gebot der Stunde ist, sich aktiv zu bewegen und zu beteiligen.

In den Betrieben sind bis 31. Dezember wegen Corona die Verhandlungen zurückgestellt worden. Im Sinne der IG Metall-Jugend müssen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, auch wenn es nur Telefongespräche und Videokonferenzen sind.

Das Kapital wird immer mehr zu seinen Gunsten gestärkt. Ein Beispiel dafür ist die Ablehnung einer Luxus-Steuer. Warum keine Besteuerung von Yachten, Bungalows, teuren Autos, Zweitwohnsitze im Ausland und übertrieben teuren Schmuck? Warum keine Maschinensteuer? Warum nicht Maschinen besteuern, die Menschen von ihrer Arbeit vertreiben?

Gewinne sind notwendig - nicht übertriebene Profite. Das Geld muss wieder

von oben nach unten verteilt werden und nicht umgekehrt, damit nicht immer weniger Realeinkommen zur Verfügung steht. Der Kapitalismus erledigt sich nicht von selbst.

Die Jugend wird immer politischer, aber das brauchen wir auch. Sie muss sich in die ungerechter Politik gegenüber den Arbeitern einmischen. Die gute Ausbildung der Jugend ist auch eine Frage, wie viel Geld die IG-Metall ihrer Jugend zur Verfügung stellt. Für die Jugend muss es eine Ausbildungspflicht geben, wie es eine Schulpflicht gibt.

Bei der nächsten Tarifrunde müssen wir einen Corona-Zuschlag haben. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Auch in der Corona-Zeit sind in Deutschland die Millionäre mehr geworden.

Der einzige Weg, die Volkswirtschaft zu stärken, ist die Schaffung von mehr

gut bezahlten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Angeblich soll das Ausbildungsniveau in Baden-Württemberg im Herbst um 25 Prozent niedriger liegen. Das ist eine Schande, denn für immer mehr Waffen ist Geld da.

Es trifft nicht zu: „Frieden schaffen mit immer mehr Waffen.“ Die Ausgaben für Waffen müssen erheblich zurückgefahren werden und der Ausbildung und der Bevölkerung zugeführt werden.

Schaffen wir Veränderung und sozialen Wandel! Packen wir's an!

Zum Schluss noch ein Buchhinweis:
Nicole Mayer-Ahuja / Heinz Bierbaum / Frank Deppe / Klaus Dörre / Hans-Jürgen Urban

Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?

Fünf Antworten
112 Seiten | 2019 | EUR 9.80

Hans-Jürgen Petersen
Rottenburg

Kurz und bündig

In Deutschland gibt es keinen Rassismus

"Spätestens seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln kommen selbst grüne Professoren zu mir, die sagen: Ich habe zwei blonde Töchter, ich Sorge mich, wenn jetzt 60 arabische Männer in 200 Meter Entfernung wohnen." (Tübingens OB Boris Palmer, 13.2.2016)

Schlachthof Rottenburg: Heute ist morgen schon gestern!

Fakten unter einer anderen Lupe!

In der afz (Fleischerfachmagazin: Allgemeine Fleischerzeitung 16/2020) lese ich: Die Stadt Rottenburg will attraktive Möglichkeiten für regionales Schlachten vor Ort erhalten. Respekt! Klingt vernünftig. Natürlich nicht um jeden Preis!

Die Stadt als Eigentümerin des Schlachthofs wünscht sich eine wirtschaftlich tragbare Lösung für den Schlachtbetrieb. Perfekt. Mehr noch: Das denkmalgeschützte Schlachthofgebäude sei enorm sanierungsbedürftig. Überdies liege dessen Standort inmitten (?) der Stadt und direkt am Neckar, städtebaulich sicher absolut verkehrt wird argumentiert. Teile des Schlachthofs lägen sogar in einem Sanierungsgebiet, das man städtebaulich aufwerten wolle. Aha. Und: Ein Neubau wäre unwesentlich teurer als eine Sanierung an Ort und Stelle. Investitionen, Schlachtzahlen und Erlöse müssten in einem akzeptablen Verhältnis stehen. Soweit so gut. Man müsse auch landkreisübergreifend denken. Warum eigentlich?

Eine Arbeitsgruppe aus Gemeinderäten, Vertretern von Bauern- und Landesnaturschutzverband, Jägern sowie einer Interessenvertretung um den Landwirt Gregor Rauser setzt sich stark ein für den Erhalt des Schlachthofs. Denn: Nachvollziehbare, regionale Kreisläufe werden zerstört, wenn man den Schlachthof Rottenburg aufgeben muss. Ein Drittel der Innungsmitglieder der Fleischerinnung Tübingen gehört derzeit zu den Schlachthofnutzern. Den jetzigen Pächter Marco Helle schätzen Landwirte, Metzger und andere kleinere Tierhalter, nicht zuletzt wegen seiner Flexibilität.

Das Schlachthofgebäude ist augenblicklich in einem besseren Allgemeinzustand als sein verbreiteter Ruf im Rathaus. Denn Mängel im Schlachtbetrieb sind hinreichend behoben und stehen gar nicht zur Debatte, was Tübinger Amtsveterinäre übrigens bestätigen. Das von der Stadt beauftragte Planungsbüro Falkenstein ermittelte Kosten für Sanierung oder Neubau und orientierte sich dabei nicht an der konkreten und realen Marktsituation und erst recht nicht an realen Schlachtzahlen in Rottenburg. Das Büro versteht sich übri-

gens als Planer von 500 Projekten für die Schlacht- und Fleischindustrie. Dementsprechend präsentierte es einen Neubau mit CO₂-Betäubung und stündlichem Schlachttakt von 40 Schweinen. Dabei kommen in Rottenburg durchschnittlich 60 Mastschweine pro Woche zur Schlachtung. Fazit der Stadt: Ein Neubau ist unwesentlich teurer als eine Sanierung an Ort und Stelle. Stimmt bedingt – nur wäre er nie ausgelastet. Investitionen, Schlachtzahlen und Erlöse



müssten in einem akzeptablen Verhältnis stehen. Man müsse auch landkreisübergreifend denken. Warum eigentlich? Warum

die Tendenz zum Größeren?

Und Corona lehrt das Gegenteil: Umdenken zur rechten Zeit. Die angepeilten Kapazitäten würden nie erreicht von lokalen Metzgereien. Fazit: Das war's dann.

Die Innung könnte - nein sie muss - ein Gutachten in Auftrag geben unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Handwerksbetriebe in aktueller Marktsituation. Die realen Fakten zeigen dann ein vernünftiges und akzeptables Bild. Im Heute entscheiden wir über das krisenfestere, vernünftige und bessere Morgen und wir vergessen beruhigt den Mist von gestern.

Erhalten wir Regionalität und Nachhaltigkeit in vernünftigen und machbaren Dimensionen – zum Wohle aller zum bezahlbaren und fairen Preis. Sonntagsreden preisen Regionalität. Kommt gut an. Nur: Ab Montag im Alltagsgeschäft gelten die Gesetze einer kapitalistischen Marktwirtschaft, ausgerichtet auf maximalen Gewinn und Profit. Eine Denkweise von Großkonzernen. Wie es enden kann, zeigen uns derzeit alle Massenmedien: Industrielle Fleischbranche in ihrer tiefsten Krise - sicher nicht in ihrer letzten. Denn heute ist morgen schon gestern.

Gastbeitrag von **Josef A. Reitze**
Rottenburg

Kurz und bündig

Schänzle: Weggenbachmündung

Der zweite Bauabschnitt zur Offenlegung der Weggenbachalmündung wird jetzt um ein Jahr vorgezogen. Für dieses Jahr sind dafür im Rottenburger Haushalt 1,3 Millionen Euro vorgesehen. Die Stadt erhält etwa 469.000 Euro als Zuschuss aus der Landesinitiative ‚Unser Neckar‘. Ein neuer Standort für die beliebte Bowling-Bahn ist noch nicht festgelegt.

Zweitjobber im Landkreis Tübingen

9.600 Personen müssen im Landkreis einer Zweitbeschäftigung nachgehen, weil der Lohn im ersten Job nicht existenzsichernd ist. Das gab die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vor der Corona-Krise bekannt. Innerhalb von zehn Jahren ist die Anzahl der Zweitjobber um 42 Prozent gestiegen. Bei Hotels, Gaststätten und Restaurants ist die Lage noch prekärer. Allein in dieser Branche haben 1.200 Personen einen Zweitjob, ihre Zahl ist um 80 Prozent hochgeschwollen. Die NGG fordert von der Politik, dass die Minijobs (450-Euro-Basis) voll in die Sozialversicherung eingezogen werden, um einer späteren Altersarmut vorzubeugen.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FAIR und DIE LINKE

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit einer Errichtung und des Betriebes von zunächst 4 Windenergieanlagen im Gesamtgebiet der Stadt Rottenburg zu prüfen. Dies soll zunächst auf den Gemarkungen Bieringen, alternativ in Eckenweiler, Ergenzingen oder Baisingen geprüft werden. Im Falle, dass sich geeignete Flächen finden, sollen weiter die planerischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Folgende Kriterien sollen dabei besonders berücksichtigt werden:

Die durchschnittliche Windleistung am jeweiligen Einzelstandort soll 250 W/m^2 in 160 m über Grund nicht unterschreiten.

Die Anlagen sollen eine installierte Nennleistung von $\geq 3.000 \text{ kW}$ bis $\leq 4.600 \text{ kW}$ betragen.

Die Nabenhöhe soll $\geq 140 \text{ m}$ betragen.

Die Entfernung zur jeweils nächsten Bebauung soll mind. 550 m betragen, jedoch sollen die jeweils gültigen Schallimmissionsgrenzwerte nach TA Luft in den Nachtstunden ohne schalloptimierte Betriebsweise mit einem Sicherheitsaufschlag von $2,5 \text{ dB(A)}$ gewährleistet werden.

Bei Bedarf soll eine Schattenwurfschaltung angelehnt an die aktuell max. zulässigen Grenzwerte vorgesehen werden. Je m^2 Rotorfläche soll die installierte Generatorleistung $\leq 205 \text{ W/m}^2$ sein.

Die Rotordrehzahl bei Nennlast soll möglichst $\leq 12 \text{ U/min.}$ sein.

Die Türme sollen aus Stahl gefertigt sein.

2. Es wird eine konkrete Gebietsabgrenzung vorgenommen, welche die Belange der Anwohner, der Landwirtschaft und des Naturschutzes berücksichtigt. Durch die Errichtung und Erschließung für den Betrieb der Windenergieanlagen soll die landwirtschaftliche Nutzung so wenig als möglich beeinträchtigt werden.

3. Die Stadt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf einwirken, dass ggf. die Windenergieanlagen als Bürgerbeteiligungsmodell errichtet und betrieben werden können.

Begründung:

Die Nutzung der Windenergie ist die wichtigste Säule für das Gelingen der Energiewende. Neben dem hohen Ertragspotential moderner Windkraftanlagen erzeugen sie ca. 30 % ihrer gesamten erneuerbaren Stromproduktion in den Nachtstunden und somit dann wenn z.B. E-Autos oder E-Busse für ihren Einsatz am nächsten Tag aufgeladen werden müssen. Ebenso stellen sie in den frühen Morgenstunden große Energiemengen bereit, um z.B. die Wärmesenken hochzufahren oder die Industrieproduktion anzufahren. Dies kann Fotovoltaik ohne Speicher und die dazugehörigen Umwandlungsverluste nicht leisten. Anlagentypen dieser Leistungsklasse sind mittlerweile bereits mehrere Jahre im Binnenland in Betrieb und gelten somit als erprobt. Laut dem baden-württembergischen Windatlas von 2019 kann eine moderne Windkraftanlage je nach Größe im vorgeschlagenen Gebiet zwischen 8 - 13 Mio. kWh erneuerbaren Strom produzieren. Das Potenzial bei 4 Anlagen läge somit zwischen 30 - 50 Mio. kWh pro Jahr. Bei einem Nutzungsdauerpotenzial der Windenergieanlagen von 20 - 35 Jahren könnten so ca. 1,1 Mrd. kWh erneuerbaren Strom produziert werden. Moderne Windkraftanlagen können dies mittlerweile auch im Binnenland aufgrund ihrer großen



Rotorflächen, der hohen Nabenhöhen sowie der dafür entwickelten Steuerungs- und Regeltechnik erreichen. Durch die zusätzliche Ausstattung mit einem Anti-Icing System kann die Einsatzbereitschaft der Anlagen im Winter erhöht und gesichert werden. Aufgrund ihrer geringen Rotordrehzahlen ist der Schallleistungspegel dieser Anlagen nicht höher als die bisheriger Anlagen. Dadurch, dass die Rotordrehbewegung in der Regel erst ab einer Höhe von über 80 m stattfindet, wird das Vögel- und Insektenvorkommen bestmöglich geschützt. In einem Nutzungsmix und dezentraler regionaler räumlicher Verteilung mit anderen erneuerbaren Energieerzeugungsarten kann Windenergie einen Anteil an der Vollversorgung von ca. 75 %

darstellen, Fotovoltaik erreicht dagegen nur einen Vollversorgungsgrad von ca. 58 %. Um aber eine Vollversorgung ohne zusätzliche große und teure (verlustreiche) Stromspeicher oder den Umweg der verlustreichen Wasserstoffproduktion und -speicherung erreichen zu können, wäre ein Erzeugungsmengenanteil von ca. 75 % Windenergie, 15 % Fotovoltaik und als Regelenergieanteil 8 - 9 % Biogas sowie 1 - 2 % Wasserkraft sinnvoll. Nur durch die dezentrale Nutzung aller erneuerbaren Energiesysteme kann die Energiewende zu Erfolg werden!

Rottenburg, den 13. Juni 2020

Kurz und bündig

Jugendarbeitslosigkeit

Durch Corona ist die Jugendarbeitslosigkeit bundesweit von 4,1 auf 5,8 Prozent gestiegen. Viele Betriebe gewährleisten nicht, dass Lehrlinge ihre Ausbildung zu Ende führen können. Schon vor Corona war die Zahl der Ausbildungsplätze innerhalb eines Jahres um 46.000 gesunken. Aktuell bilden nur noch etwa 20 Prozent der Betriebe überhaupt aus – ein Armutszeugnis nicht nur gegenüber den Jugendlichen, sondern auch für die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Denn von der Jugend hängt unser Fortschritt ab.

Deutsche Geflügelzucht verursacht Flucht von Afrikanern

Ein „Kollateralschaden“ profitgieriger Produktion

Die Massentierhaltung und Schlachtung von 30.000 Schweinen täglich à la Tönnies gefährdet Mensch und Tier: Davon zeugen 1.500 Corona-Infizierte und die Absperrung einer Stadt wie Rheda-Wiedenbrück. Wie aber hängen Massentierhaltung in der Geflügelzucht und Fluchtursachen afrikanischer Jugendlichen zusammen? Darüber berichtete eine spannende ARTE-Dokumentation unter dem Titel „Armes Huhn – armer Mensch“ Anfang Juni.

Jede/r Deutsche isst pro Jahr im Durchschnitt 230 Eier, davon findet sich ohne Nachweis ein Drittel in Fertignahrung, 30 Prozent stammen aus dem Import. Die Firma Landkost-Ei mit dem Eierbaron Geiselhart in Brandenburg, einem der größten deutschen Produzenten, produziert pro Jahr eine Milliarde Eier. 63 Prozent aller Eier im Supermarkt stammen aus Bodenhaltung, bei der die Hühner keinen Auslauf haben, sondern in großen Ställen sind. Schutzimpfungen sind bei Massentierhaltungen gesetzlich vorgeschrieben, Antibiotika werden großzügig eingesetzt wegen der großen Anzahl von Tieren. 45 Mio. männliche Küken werden jährlich geschreddert.

Käfighaltung von Hühnern

In dunklen Ställen bildet sich bei geringer und schlechter Lüftung Ammoniak, das auch für Menschen schädlich ist. Von den 26 Mio. Hühnern in Deutschland befinden sich nur 11 % in biologischer Haltung (sechs Hühner pro qm), 18,8% in Freiland (9 Hühner pro qm), der Rest in Bodenhaltung (12 Hühnern pro qm). In der Bodenhaltung werden die Hennen zu ‚Legemaschinen‘, weil sie bei geringer Bewegung zur Nahrungsaufnahme getrieben werden. Obwohl Deutschland den größten Bio-Marktanteil in der EU hat, sind nur 5% unserer Nahrungsmittel Bio-Produkte.

Die Firma Balticovo in Riga/ Lettland hält 94 Prozent ihrer Hühner in sog. ‚ausgestalteter Käfighaltung‘ (in

Deutschland noch erlaubt, 7 % für die Fertignahrung), d.h. 20-60 Hennen pro Käfig, obwohl die EU 2012 die Käfighaltung ab 2025 beenden will. Balticovo exportiert täglich (!) 1,8 Mio. Eier, davon 70 % in die EU. Aus den beschädigten Eiern wird Flüssig-Ei für



Produkte wie Nudeln, Mayonnaise, Kuchen und Saucen hergestellt und in die Gastronomie und in Supermärkte ausgeliefert.

Bei der Firma Rohwedder in Brandenburg werden 1,5 Mio. Masthähnchen pro Jahr produziert, die nach einem Monat schlachtreif sind. Es handelt sich um Hybridhühner, die während ihrer kurzen Lebenszeit im eigenen Kot leben. Der Medikamenteneinsatz ist ein Kostenfaktor, deshalb werden bei einer Infektion alle Hähnchen getötet. In Deutschland wird pro Jahr eine Mio. Tonnen Hühnerfleisch verzehrt, vorzugsweise Hähnchenbrust als Lifestyle-Nahrung für Sportler, da diese viel Eiweiß enthält. 30 Prozent des Futters bestehen nicht aus heimischem Getreide, sondern aus Soja, das in Lateinamerika durch Brandrodungen der Regenwälder auf großen Flächen produziert wird.

In Barnefeld (Niederlande) besteht seit 1920 eine Hühnerbörse, die die Preise für Masthühner in ganz Europa festlegt. Es gibt ein riesiges Überangebot an Suppenhühnern (Legehennen, die keine Eier mehr legen), von denen zusammen mit den nicht gebrauchten

Hühnerenteilen (Flügel usw. von den Hähnchenbrüsten) 80 Prozent nach Afrika exportiert werden - 270.000 Tonnen! Nur wenige afrikanische Staaten haben ein Importverbot für europäisches Hühnerfleisch. Oft wird es aus Nachbarstaaten illegal eingeführt.

EU produziert Flüchtlinge

Mithilfe der Welthandelsorganisation (WTO) wurden in den 90er Jahren die Zölle für den ‚Freihandel‘ aus der EU abgeschafft - mit katastrophalen Folgen. In Ghana haben die europäischen Hühnerfleisch-Importe, die von der EU subventioniert werden, die Landesproduktion zerstört. Während Ghana genügend für den Eigenbedarf produzierte und Hühnerfleisch sogar in afrikanische Staaten exportierte, macht die Eigenproduktion heute nur noch 5 Prozent aus. Denn europäisches Hühnerfleisch ist in Europa ein Abfallprodukt, dessen Entsorgung Kosten verursachen würde. In Ghana wird es für 1,70 Euro verkauft - die heimische Produktion von Hühnerfleisch ist doppelt so teuer, aber qualitativ hochwertiger als das Tiefkühlfleisch. Dadurch sind 70 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zerstört worden, 11,5 Prozent der Jugendlichen in Ghana sind arbeitslos, sie ziehen in die überfüllten Städte und weil sie dort keine Arbeit finden, fliehen sie weiter nach Europa.

So produziert die Massentierhaltung mit EU-Unterstützung immer neue Flüchtlinge und weigert sich, die Verantwortung für diese Politik zu tragen, indem sie die Flüchtlinge aufnimmt. Nicht nur das „System Tönnies“ ist todkrank!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

Kreisrat

„DIE LINKE“

Kurz und bündig

Ex-SPD-Chef Gabriel berät Tönnies

Seit März diesen Jahres berät Sigmar Gabriel den Schlachthof-Besitzer Clemens Tönnies, so das ARD-Magazin Panorama. Er sieht seine Beratertätigkeit als unproblematisch an. Der Vertrag ist zunächst auf zwei Jahre angelegt und soll den Konzern vor allem im China-Geschäft beraten, wo die Gefahr eines erneuten Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest besteht. Frage: Wer berät jetzt Gabriel nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Tönnies-Werk Rheda-Wiedenbrück?

Neustart nötig

Rathausrunde vom 2. Juli 2020

Seit Monaten wächst die Wut in Rottenburg und Umgebung über die Absicht einer selbstherrlichen Rathausspitze, den letzten Schlachthof im Landkreis mit fadenscheinigen Argumenten zu schließen.

Jetzt hat die Corona-Pandemie ein Flutlicht auf Schlachtfabriken wie Tönnies geworfen, dem größten deutschen Schlachtbetrieb mit 7.000 Beschäftigten, darunter 3.000 Rumänen. Sie werden in 12-Stunden-Schichten von Sub-Sub-Unternehmern in Werkverträgen schutzlos ausgebeutet, essen in überfüllten Kantinen und schlafen auf einem Matratzenlager von 20qm für 300 Euro pro Matratze im Monat. So werden Schleuderpreise im Supermarkt und Viren-Schleudern mit Corona mit 1.500 Infizierten produziert.

Mit seinen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen ist Tönnies kein Einzelfall, sondern die Spitze eines Eisbergs von Schlachtbetrieben quer durch die Republik, so auch der Schlachthof in Birkenfeld bei Pforzheim, der Geflügel-Schlachtbetrieb Geestland. Massentierhaltung – Massenschlachtung. Aus deutschen Hühnerfabriken in Brandenburg gehen Suppenhühner und Hühnerreste nach Ghana. Die deutschen Importe (EU-subventioniert) ruinierten durch

Niedrigstpreise 70 Prozent der lokalen Landwirtschaft, vernichteten 20.000 Jobs und trieben Jugendliche in die Flucht nach Europa.

Das profitgierige „System Tönnies“ muss beendet werden, es gefährdet Beschäftigte, unsere Gesundheit und die Natur und treibt immer mehr in Armut und Elend. Ein solches System ist krank, todkrank!

Global denken – lokal handeln:

Die Zeit ist reif für eine Nahversorgung mit regional produzierten Lebensmitteln, lokaler Vermarktung, mit Wertschätzung und Stärkung der (Bio-)Landwirtschaft, mit Bauernmärkten und Rottenburgs Schlachthof als Zentrum. Dorfläden wie in Hailfingen, Seebronn und Kiebingen fördern Zusammenhalt, bieten Service und ermöglichen in Notsituationen wie Corona neue Formen der Nachbarschaftshilfe. Der Aufbau einer solchen Infrastruktur für unsere Stadt muss Aufgabe der Verwaltung und der Stadtkonzeption werden.

Dr. Emanuel Peter, Stadtrat, **DIE LINKE**

Neues Baugebiet „Oberes Feld“

Nachhaltigkeit verkommt immer mehr zur Farce

Mehrheitlich hat die Große Koalition aus CDU, SPD und Grünen im Gemeinderat den Einstieg in ein neues „eigenständiges, modernes Baugebiet“ (Verwaltungsvorlage) beschlossen.

Es liegt westlich der Theoderich-Kapelle an der Seebronner Straße. In vier Bauabschnitten soll eine Gesamtfläche von 12,8 Hektar versiegelt werden. Das ist die Hälfte der Fläche, die das gescheiterte Gewerbegebiet Galgenfeld einnehmen sollte. Der erste Abschnitt umfasst etwa 2,6 ha und soll 17 Bauplätze ermöglichen – genauso viele wie freie Bauplätze im Burgacker-Äuble aktuell vorhanden sind und aus Spekulationsgründen nicht bebaut werden. Hindernisse gibt es noch bei zahlreichen geschützten Tierarten, die dort anzutreffen sind, und bei den notwendigen Ausgleichsflächen für die weitere Versiegelung wertvoller Böden.

Lippenbekenntnisse

Doch nicht nur das: Keine Planung hat die Verwaltung über die Versiegelung der Gesamtflächen im Bereich der Großen Kreisstadt. Vor kurzem hatte der Regionalverband Neckar-Alb (Landkreise Tübingen und Reutlingen, Zollernalbkreis) eine Vergrößerung der Flächen für seine Schwerpunkte Industrie, Gewerbe und Dienstleister um 129 Hektar beschlossen, so dass die Gesamtversiegelung zu diesen Zwecken auf rund 400 Hektar in den drei Landkreisen steigt.

Auch diesem Beschluss stimmten CDU, SPD und Grüne zu, ohne dass jemand sagen konnte, wie die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eingehalten werden kann. Sie legte fest, den Flächenfraß bis 2020 bundesweit auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen: Oh Schreck, das ist ja dieses Jahr! Die Bodenversiegelung ist

entscheidend für den Wasserhaushalt, die Luftqualität und die Vielfalt von Tieren und Pflanzen (Biodiversität). Aktuell ist der Verbrauch doppelt so hoch, in den letzten 10 Jahren wurden insgesamt 1.082 Quadratkilometern versiegelt. Bis 2050 soll es sogar ein „Nullwachstum“ geben, also müssen brachliegende Flächen, riesige Parkflächen für Supermärkte und Logistiker neu überlegt und „umgewidmet“ werden. Aber momentan beschließt jede Kommune für sich in Konkurrenzkampf um neues Gewerbe und zusätzliche Einwohner noch weitere Bodenversiegelungen.

Dieses gefährliche Spiel macht **DIE LINKE** nicht mit und **stimmt deshalb im Gemeinderat gegen das Baugebiet.**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Lasst sie gehen!

Wäre der Abzug der US-Truppen ein Glücksfall?

Was als Bestrafungsaktion gegen Deutschland von unseren Freunden, den USA, gedacht war, könnte sich als - zumindest aus amerikanischer Sicht - als schwerer Fehler erweisen und aus deutscher Sicht als Glücksfall.

Der schnelle Schuss aus der Hüfte, der zumindest im Cowboyfilm den Bösewicht dahinstreckt, könnte sich für die USA unter Trump als Schuss ins Knie erweisen. Seriöser ausgedrückt: der Truppenabzug von 9 500 Soldaten - von 35 000 - ist militärisch ohne Sinn, wobei es sich zwar um einen Abzug aus Deutschland, aber lediglich um eine Verlagerung nach Polen handelt. Wenn man einen Sinn finden möchte, dann ist es eine Truppenverlegung nach Osten d.h. näher an die russische Grenze.

Weshalb muss Deutschland bestraft werden?

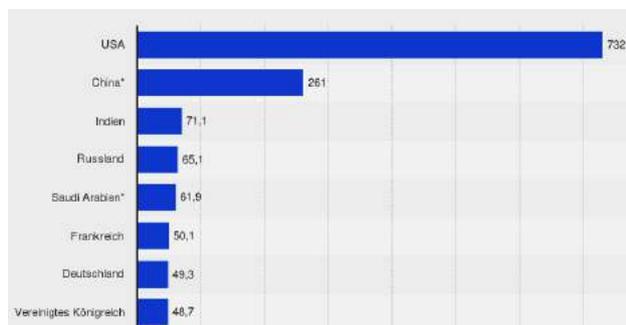
Ganz einfach, weil es nicht zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für seinen Verteidigungshaushalt bereitstellt. Dieser Prozentsatz geht auf einen NATO-Beschluss von 2014 zurück und muss bis 2024 schrittweise erreicht werden, z.Z. liegt er bei 1,2 Prozent.

Die Bindung der Rüstungsausgaben (2 Prozent) an das Wirtschaftswachstum war nur auf den ersten Blick eine gute Idee. Nicht bedacht wurde, dass bei zurückgehendem Wachstum der absolute Betrag für Rüstungsausgaben auch zurückgeht. Nur Optimisten konnten so eine Bindung aushecken. 2014 war von den wirtschaftlichen Folgen von Corona nichts zu ahnen und wie es 2024 aussehen wird, ist offen. Aus dem Blickwinkel von 2014 kämen immerhin 60 Mrd. Euro jährlich zusammen, was umgelegt etwa 1 000 Euro pro Haushalt bedeutet. Den Deutschen werden die geforderten Mehrausgaben auch als Beitrag als Ertüchtigung der maroden Bundeswehr verkauft. Die Rüstungsindustrie jubelt.

Das strafende Verhalten der USA in Form von Truppenentzug ist aus amerikanischer Sicht wohl begründet. „Wenn die Deutschen sich schon nicht an Beschlüsse der NATO halten, werden sie auf unseren Schutz verzichten müssen. Dann suchen wir uns eben Freunde ein paar Kilometer weiter gen Osten. Wir wissen, dass wir dort herzlich willkommen sein werden. Unsere Freunde im Osten fürchten die Russen, wir sind dann etwas näher an der russischen

Grenze und können den Russen das Fürchten lehren“. Die dazu notwendigen Manöver finden bereits statt. Merke: Wo kein Feindbild zu zeichnen ist, sind auch keine Waffen gerechtfertigt.

Wie gefährlich sind die militärischen Anstrengungen Russlands einzuschätzen? Was die Rüstungsausgaben betrifft ...



Die 8 Länder mit den höchsten Militärausgaben 2019

Verantwortung übernehmen

Heißt Verantwortung in der Welt zu übernehmen, Milliarden für Rüstung auszugeben und auf furchterregende Drohhpolitik zu setzen? Kluge Köpfe haben schon immer gefragt, ob denn die Ausgaben für Rüstung notwendig sind - wenn überhaupt verantwortlich - anhand des Hungers und des Elends auf dieser Welt. In Zeiten von Corona ist dies eine müßige Frage. Aber wie es aussieht, zwingt auch Corona nicht zum Nachdenken, lässt von im Osten drohendem Feind faseln, statt in einem Virus den tödlichen Feind zu erkennen. Im Konjunkturprogramm zur Bewältigung der Coronafolgen sind 10 Mrd. für Rüstung „versteckt“. Rüstungsausgaben mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil sollen vorgezogen werden.

Wie sehen denn die „Erfolge“ durch die Übernahme von Verantwortung in Afghanistan, in Syrien, in Irak und in Libyen aus? Wo wurde innerer Friede geschaffen? Ging es nicht nur um geostrategische Vorteile und den Zugriff auf Rohstoffe?

Wäre der Abzug ein Glücksfall?

Die Stationierungsorte, von denen die Soldaten abgezogen würden, träfe es hart. 35.000 Soldaten und noch weitere

ca. 17.000 zivile US-Mitarbeitende der US-Streitkräfte in Deutschland könnten abgezogen werden. Die US-Streitkräfte sind zudem Arbeitgeber für ca. 12.000 zivile deutsche Arbeitnehmer und damit ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. In der Oberpfalz (Grafenwöhr, Vilseck) sind etwa 10 000 Armeeeingehörige stationiert. Der US-Armee wird im Raum Kaiserslautern eine Wirtschaftskraft von 2,3 Mrd. Euro zugeschrieben.

Amerikanische Militäranstaltungen, die als Bedrohung gesehen werden, sind immer ein Ziel.

So gesehen, wäre jeder aufgegebene Standort eine Bedrohung wenig und ein Mehr an Sicherheit, dabei muss man gar nicht zuerst an die in Büchel liegenden Atombomben denken. Straßen und Brücken werden ertüchtigt, damit Militärgüter hindernisfrei von West nach Ost transportiert werden können.

Diese Wege zu blockieren, ist gewiss das erste Ziel, um einen kriegerischen Aufmarsch zu verhindern.

Hinzu kommt die geografische Lage Deutschlands. Vor allzu großer Hoffnung, dass Stützpunkte aufgegeben werden, muss gewarnt werden, denn so ist der Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz, das Drehkreuz, über das die USA ihre Truppen nach Afrika bzw. in den Nahen Osten bringen. Ja, es wäre ein Glücksfall, aber es bleiben genügend Ziele, die Deutschland zu einem wichtigen Zielgebiet machen. Es gibt noch lange keinen Grund von einem Glücksfall zu sprechen, wenn 9 500 Soldaten verschoben werden.

Bleibt zu befürchten, dass die Europäer trotzdem vermehrte Anstrengungen unternehmen, ein eigenes militärisches Potenzial aufzubauen zum Schutz vor dem „eingebildeten“ Feind und zur Absicherung der eigenen Rüstungsindustrie.

Eine wie immer begründete europäische Sicherheitspolitik wird auf die alten Mechanismen mit Drohung und Gegendrohung aufbauen und geschürte Angst als Triebfeder nutzen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

VORSICHT! - Abstand halten!

Das kleine infektiöse Corona-Quiz

Wichtiger Hinweise!

Die Fragen sind nur mit Maske zu be-
arbeiten.

Die Hände und Schreibgeräte sind zu-
vor gründlichst zu desinfizieren und
nach der Lösung zu wiederholen.

Angehörigen von sog Risikogruppen
ist die Teilnahme auf das Strengste
untersagt.

Zuwiderhandelnde handeln auf eigene Gefahr.

Was ist ein sog. Corona-Verstoß?

- ◇ Parken im Halteverbot
- ◇ jemanden ansingen
- ◇ jemanden anhusten

Wen schützt meine Maske?

- ◇ mich
- ◇ dich
- ◇ meinen Goldfisch



Wie wird man Virenpapst?

- ◇ Er kennt jedes Virus beim sei-
nem Vornamen
- ◇ telegenes Auftreten
- ◇ Allgegenwärtigkeit in allen Me-
dien

Wofür würden Sie sich entscheiden bei einem Virenbefall?

- ◇ Angst
- ◇ Hoffnung
- ◇ Gebet



Wem dienen die Corona-Tests?

- ◇ dem Hersteller
- ◇ der Landesregierung zur Profi-
lierung
- ◇ dem Kindergartenkind

Welche Saunatemperatur muss min- destens eingehalten werden, damit sich das Virus wohl fühlt?

- ◇ 0 Grad Kelvin
- ◇ 60 Grad Celsius
- ◇ - 273,15 Grad Celsius



Wie groß ist der einzuhal- tende Mindestabstand zwischen Per- sonen?

- ◇ Keiner
- ◇ 1,68 m
- ◇ 5, 39 km

Wie oft muss ein Haartrockner in der Sauna desinfiziert werden?

- ◇ nach jedem Gebrauch
- ◇ nach jedem weggeblasenem
Haar
- ◇ nach jeweils 20 000 Umdrehun-
gen des Ventilators

Wie lange müssen die Hände gewa- schen werden?

- ◇ 1 min
- ◇ 5 min
- ◇ 24 Stunden

Wozu nützt die Corona-App?

- ◇ um ein Rendez-vous mit dem
Virus zu verabreden
- ◇ um eine Pizza zu bestellen
- ◇ um ins Freibad zu kommen

Wer muss regelmäßig die Maske waschen?

- ◇ die Ehefrau
- ◇ Mutti
- ◇ Herr Spahn



Warum tragen wir keine Schutzan- züge?

- ◇ sie sind zu teuer
- ◇ sind zu unbequem
- ◇ Wir sind doch nicht auf dem
Mond

Stimmt die Aussage: Linke Angstha- sen tragen Maske, rechte Patrioten verzichten darauf?

- ◇ immer
- ◇ nie
- ◇ nur mittwochs



Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 4. Juli 2020, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 8. Juli 2020, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7,
1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg